

Wosener Zeitung.

No. 47.

Sonntag den 25. Februar.

1849.

Inland.

CC Berlin, den 22. Febr. Ueber Wien circuliren sonderbare Gerüchte. Die Truppen sollen von den Bürgern aus der Stadt gebrängt sein, wobei wiederum von den deutschen Soldaten viele auf Seiten der Bürger gestanden haben sollen. Briefe aus Frankfurt a. M. bestätigen diese Gerüchte.

Aus Frankfurt geht uns weiter die Nachricht zu, daß eine Adresse an's Parlament eingelaufen um Amnestirung Metternichs, die zugleich den Wunsch ausspricht, man möge diesen Staatsmann an die Spitze der Reichsregierung stellen.

R Berlin, den 22. Febr. Was man schon seit einiger Zeit erwartet hatte, ist gestern Abend wirklich eingetreten: Die demokratische Partei der Wahlmänner hat sich gespalten. In dem dritten Wahlkreise beabsichtigte nämlich die Partei der äußersten Linken bei den Nachwahlen für Jakob und Waldeck nicht bloß den Frankfurter Abgeordneten Simon von Breslau durchzubringen, sondern auch den ehemaligen Berliner Abgeordneten Jung. Mit ersterem hat sich die gemäßigtere liberale Majorität einverstanden erklärt, dagegen sich auch mit aller Energie gegen Jung ausgesprochen. Es wurde deshalb in der gestrigen Sitzung namentlich über Jung abgestimmt, wobei er nur 45 für sich, und 139 gegen sich erhielt. Diese sehr schwache Minorität äußerte sich außerordentlich leidenschaftlich und erklärte, aus der Partei gänzlich auszuschneiden und mit der in der Thierarzeneischule tagenden Partei der äußersten Rechten sich verbinden zu wollen. Von hier aus war ihnen nämlich eine Aenderung geworden, man sei gar nicht abgeneigt, gerade auf Jung einzugehen, da man sich überzeugt habe, einen Candidaten ihrer eigenen engeren Partei doch nicht durchbringen zu können. — Sonach steht zwar Simons Wahl ziemlich fest; der zweite Abgeordnete wird aber nicht ohne lebhaften Kampf aus der Wahlurne hervorgehen. Die 139 dürften sämtlich ihre Stimmen auf Ziegler aus Brandenburg übertragen, der durch seine vor den Wahlmännern gehaltene Rede sehr viele für sich gewonnen hat. — Außer ihm hat in dem Wahlkreise noch gesprochen der bekannte Rittergutsbesitzer von Holzendorf-Wietmannsdorf, der aber durch die Antworten auf Interpellationen zum größten Theil den günstigen Eindruck seiner eigentlichen Candidatenrede wieder verlor. Auch der Fürstenthumsgerichts-Direktor Koch aus Reiffe hat gesprochen und besonders durch sein mannhaftes, entschiedenes Wesen gefallen. Da er indes wenig eigentliche Redebegehrte entwickelte, so hat er doch keine Aussicht. Eben so hat man auch Dießler weg fallen lassen. — Dagegen wurde durch Simon selber brieflich noch Venedey empfohlen. — Diese Nachwahlen können erst vorgenommen werden, sobald die Collegien der Wahlmänner vervollständigt sind. Es müssen nämlich nach den Ergebnissen der Prüfung, die am 5. Febr. mit den Wahlprotokollen des 22. Jan. angefertigt sind, für Berlin noch 12 Wahlmänner nachgewählt werden. Hierzu ist der Termin zum nächsten Montag den 26. Febr. an gestellt worden.

Berlin, den 23. Februar. Dem Cabinet steht eine Vervollständigung bevor. Hr. v. Bonin und der Hr. v. Arnim sollen die Portefeuilles der Finanzen und der auswärtigen Angelegenheiten übernehmen. Der bisherige Ministerverweser des Finanz-Departements, General-Steuere-Direktor Kühne, wird ganz aus dem Staatsdienste scheiden und der Geh. Oberfinanzrath Raabe zum Unterstaats-Secretair im Finanzministerium ernannt werden. — Wenn schon für die erste Zeit den Kammern hinreichender Stoff durch die schwebenden Fragen und durch die bereits fertigen Gesetze geboten ist, so wird doch in den Ministerien eifrig an weiteren Vorlagen gearbeitet.

(G. B.) Der von hochgestellten Justizbeamten an das Ministerium gerichtete Antrag, die Einführung der Gerichts-Reorganisations-Gesetze nach Genehmigung der Kammer zu sistiren, wird seine Hindernisse finden, die der Ausführung der Verordnungen vom 2. und 3. Januar bis zu dem gesetzlichen Termine, 1. April d. J., sich von selbst entgegenstellen. An den meisten Provinzialorten fehlt es bis jetzt noch an Räumlichkeiten, welche für ein öffentliches mit Schwurgerichten verbundenes Rechtsverfahren erforderlich sind. Selbst hier in Berlin, wo schon das seit dem October 1846 bestehende mündliche öffentliche Verfahren in dieser Beziehung vorgearbeitet hat, werden die jetzt vorgenommenen baulichen Veränderungen nur sehr ungenügend dem Bedürfnis abzuhelfen vermögen.

Die Anwesenheit des R. Dänischen Kammerherrn und Congregationsraths, Herrn v. Pechlin, in Berlin, soll sich auf die Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes mit Dänemark beziehen. Die Verlängerung dürfte wenigstens auf einen Monat, also bis Ende April erfolgen, bis zu welcher Zeit man den Abschluß des Friedens erwartet.

Die neue Preussische (sogenannte schwarze Kreuz-) Zeitung theilte seiner Zeit mit, der Chef der Bank, Hr. Hanfemann, habe auf

seine Unabschbarkeit angetragen, und sich denselben auf seine desfallsige Berichtigung der Lüge. Wie verlautet, ist die Injurienklage bereits anhängig gemacht, und wäre es im Interesse der achtunggebenden Stellung, welche die Presse im konstitutionellen Staate einnehmen soll, lebhaft zu wünschen, daß der Erfolg des Prozesses die systematischen, alle mögliche Formen annehmenden Insultationen und Verdächtigungen gegen Privatpersonen, mit denen das genannte Blatt sich und seine Partei täglich besudelt, endlich in die gebührenden Schranken zurückweise.

Stettin, den 22. Febr. Dr. Robert Prutz, welcher sich seit einiger Zeit hier aufhielt, hat einen Ruf als außerordentlicher Professor an die Universität Halle erhalten, und wird zu Ostern dorthin gehen.

Schleswig, den 20. Febr. Hier war gestern das Gerücht verbreitet, daß die Dänen von Sonderburg aus mit Kanonen nach Düppel hinüber scharf geschossen hätten. Die Nachricht sollte in der Nacht mit einer Stafette von Flensburg gekommen sein; da aber dieses Gerücht im Laufe des Tages ohne Bestätigung blieb, so mag es wohl zu den nicht selten auftauchenden und wieder verschwindenden gehören.

Hamburg, den 21. Februar. An die Spitze der für Hamburg moderirten Deutschen Grundrechte sind folgende Sätze gestellt worden: Der Hamburgische Staat ist ein Theil des Deutschen Reichs. Die Gesetze unseres Staats dürfen in keiner Beziehung mit denen des Reichs im Widerspruch stehen, wie auch die Rechte und Pflichten der Hamburgischen Staatsangehörigen als Reichsbürger und das Verhältnis des Hamburgischen Staates zum Reich einzig und allein der Reichsgesetzgebung überlassen bleibt. In Bezug auf die Feiertage zur Einführung der Deutschen Grundrechte, die nächsten Sonntag statt haben soll, hat die verfassunggebende Versammlung mit überwiegender Majorität den Beschluß gefaßt, dieser Feiertag in offizieller Weise in corpore beizuwohnen.

Hannover, den 20. Febr. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer zeigte der Ministerial-Vorstand Stüve an, das Gesamtministerium habe sich in Folge der Abstimmung vom vorigen Sonnabend veranlaßt gesehen, dem Könige ein Entlassungsgesuch einzubringen. Er. Majestät habe indessen das Gesuch nicht anzunehmen geruht, und die Ministerial-Vorstände würden die laufenden Geschäfte einstweilen noch fortzuführen.

Coburg, den 20. Febr. Die Regierung hat mit Zustimmung der Stände, das Lotto aufgehoben und zugleich beschlossen, das Reichsministerium zu ersuchen, dahin zu wirken, daß es auch in Bayern aufgehoben werde.

München, den 19. Febr. Man erwartet heute noch die königliche Entscheidung in der Ministerkrisis. Minister Feink, von dem man glaubt, daß er mit der Bildung des neuen Cabinets beauftragt sei, begab sich diesen Mittag zum König. Daß die sämtlichen bisherigen Minister im Amte verbleiben, ist nicht wahrscheinlich.

— In bisher üblicher Weise hat heute wieder der Aufzug der Negger-Jungung nach der königlichen Residenz stattgefunden, wo den Majestäten, und zwar zuerst den regierenden, der übliche Ehrentrost dargereicht wurde. Nachmittags ist dann der „Negger-Sprung.“ Gestern Abends sah man außergewöhnlich viele Patrouillen in den Straßen; man weiß indessen nicht, warum. Obwohl es Faschingssonntag war, herrschte allenthalben die größte Ruhe und Ordnung.

— Das vielbesprochene Billet des Baierschen Gesandten Grafen Cetto an Lord Palmerston lautet: „Privatschreiben. London, den 22. December 1848. Mein lieber Lord Palmerston! Ich habe Sie heute Morgens in Carlton-Gardens aufgesucht. Sie waren eben abgereist, und man hat mir an der Thüre gesagt, daß Sie etwa 14 Tage ausbleiben würden. Das ist sehr lang. Erlauben Sie mir also, Ihnen zu schreiben, was ich mir vorgenommen hatte, Ihnen zu sagen. Aus Anlaß des gegenwärtig im Werke befindlichen Projekts, Preußen an die Spitze der Deutschen Einheit zu stellen, ist die Nachricht verbreitet worden und scheint man in München vernommen zu haben, daß England wider eine solche Einrichtung nichts einzumenden finden würde, in der Voraussetzung, daß die übrigen Deutschen Fürsten freiwillig ihre Einwilligung dazu gäben. Diese Voraussetzung kann zu gewichtige Folgen haben, als daß man sie dürfte Boden gewinnen lassen. Deshalb ist dem Könige daran gelegen, daß Sie erfahren, daß, soviel ihn betrifft, dieselbe unbegründet ist. Se. Majestät beabsichtigten nicht nur keineswegs zu dem fraglichen Projekte Ihre Zustimmung zu geben, sondern Sie würden eben so wenig die Errichtung einer erblichen Kaiserwürde für Deutschland, zu wessen Gunsten immer, billigen (Genehmigen); und sollte dieser, von dem Verfassungs-Ausschuß in Frankfurt bereits mehr als einmal aufgestellte Gedanke jemals wieder von Neuem zum Vorschein kommen, so müßte der König ausdrücklich und entschieden erklären, daß er demselben entgegen sei. Dazu hat er das Recht kraft der unter der Garantie sämtlicher Großmächte in Wien unterzeichneten Verträge, und es wird ihm die Pflicht dazu auferlegt durch die Pflichten, die er als Fürst zu erfüllen geschworen hat. Die Ereignisse schreiten heutzutage so rasch voran, daß ich ge-

glaubt habe, Sie keinen Augenblick zu bald hiervon in Kenntniß setzen zu können. Dies der Grund, weshalb ich, statt Ihre Zurückkunft abzuwarten, mich entschlossen habe, Ihnen gegenwärtiges Schreiben zu senden. Da ich mich jedoch nur berechtigt glaube, in diesem Falle mündlich mit Ihnen zu verkehren, so würde ich Ihnen Dank wissen, wenn Sie Das, was ich Ihnen schreibe, nur so betrachten wollten, als ob Sie es in der Unterredung, die wir — wären Sie in der Stadt gewesen — mit einander gehabt haben würden, aus meinem Munde vernommen hätten. Empfangen Sie tausend Grüße etc. (Geg.) v. Cetto.“

Frankfurt, den 19. Febr. Von einer großen Anzahl Regierungen sind bereits Erinnerungen gegen die Verfassung, wie sie aus erster Lesung hervorgegangen ist, eingelaufen; auch Baiern und Württemberg haben ihre Stimmen erhoben und ausgesprochen, daß sie das Zustandekommen einer Verfassung, welche aus Oesterreich mit umfasse, wünschen und deshalb gegen die Erbmonarchie an der Spitze unseres Vaterlandes sich erklären müssen; abweichend lauten aber die Erklärungen dieser beiden Regierungen bezüglich des Vereinbarungsprinzips; während Baiern auf demselben fest beharrt, verzichtet Württemberg ausdrücklich darauf und sagt die Unterordnung unter die Beschlüsse der Nationalversammlung zu; die Folge dieser Verschiedenheit ist, daß Baiern einer Verfassung, welcher Oesterreich sich nicht einordnet und die das Erbkaisertum an die Spitze stellt, die Zusage verweigert wird, während Württemberg dieselbe, wenn auch ungern, anerkennt.

Frankfurt a. M., den 20. Februar. Gestern Abend fand die zweite Versammlung im Weidenbusche statt von Seiten derer, welche am Bundesstaate festhalten wollen. Die erwählte Kommission legte das Programm vor, welches zu entwerfen ihr aufgetragen war, und welches kurz und bündig lautet, wie folgt: „Wir Unterzeichnete vereinigen uns, gemeinschaftlich dafür zu wirken, daß die bei der ersten Lesung angenommenen Grundlagen und Konsequenzen des deutschen Bundesstaates im Wesentlichen festgehalten werden. Insbesondere betrachten wir die Bestimmungen der §§. 2. und 3. vom Reich, des §. 1. vom Reichstag und des §. 1. vom Reichs-Oberhaupt als solche, welche (für den deutschen Bundesstaat) nicht aufgegeben werden dürfen. Jeder Verzögerung, jeder Unterbrechung des Verfassungswerkes werden wir entgegengetreten, sie komme von welcher Seite sie wolle.“

— Die Nachrichten aus Berlin und Hannover lauten sämtlich günstig für die Sache des Bundesstaats. Der König von Hannover selbst soll nach Berlin gemeldet haben, daß er nicht eilen werde, sich einem monarchischen Oberhaupte Deutschlands unterzuordnen, daß er aber auch nicht zögern werde mit seiner Zustimmung, sobald die Majorität der deutschen Fürsten dafür stimme. Diese Majorität scheint jetzt schon vorhanden zu sein, und von Berlin aus sind unzweideutige Äußerungen bekannt, welche dahin gehen, daß man gerüstet und entschlossen ist, folgende Sätze festzuhalten und durchzusetzen: Der in erster Lesung beschlossene Bundesstaat mit dauerhafter, einheitlicher Spitze tritt unter Anführung Preußens ins Leben; wer nicht eintreten will, der folge unbehindert seinem Absonderungsgelüste und verbleibe nur im bisherigen Staatenbunde, wer aber das Zustandekommen des Bundesstaates hindern will, der — hat es mit Preußen zu thun.

— Der Badische Bevollmächtigte hat im Namen seiner Regierung sich gegen das Reichsministerium und die Bevollmächtigten der andern Staaten verwahrend gegen den in der Oesterreichischen Note vom 4. d. M., (in welcher es heißt: „Zugleich wurde (der R. Preussischen Regierung) vorgeschlagen, das Werk der Vereinbarung in Frankfurt gemeinsam mit den Fürsten, und zwar zunächst mit den königlichen Deutschlands zu beginnen“) geltend gemachten Grundsatz der Zurücksetzung der kleinen Fürsten, welcher zuletzt auf eine Mediatirung hinauslaufen könnte, ausgesprochen. Dies Verfahren sei rein willkürlich und ruhe auf keiner rechtlichen Grundlage. Der Großherzog von Baden sei bereit, jedes Opfer für die gemeinsame, große Sache des Vaterlandes, aber auch nur für diese, zu bringen: er werde es niemals mit seiner Gesinnung und Pflicht als Regent gegen sein Land vereinbaren können, irgend einer Zumuthung nachzugeben, die, unter dem Vorgeben engerer politischer Einigung, nur einem Particular-Interesse zu Gute käme, ohne daß das wahre Bedürfnis der Nation befriedigt würde. Der Großherzog sei nur der Gesamtheit, auf den Grund des Deutschen Verfassungswerkes, Opfer zu bringen bereit, und sei überzeugt, in dieser geraden, gerechten und Deutschen Gesinnung, von der Stimme und den Kräften seines Volks und von der öffentlichen Meinung der Deutschen Nation unterstützt zu werden. — Auch von Baiern ist eine Note eingelaufen, die sich jedoch nur vorläufig darüber ausspricht, daß es den Ausschluß Oesterreichs aus dem Bunde nicht zugeben könne.

— Die neue Baiersche Note an die Centralgewalt verspricht zwar erst ein Ultimatum und detaillierte Vollmachten, spricht sich jedoch bereits bestimmt dahin aus, daß Baiern zu keinem Ausschusse Oesterreichs aus Deutschland, ja nicht einmal zu einer Stellung desselben in ein weiteres Bundesverhältnis stimmen werde. Nächstdem sucht die Note etwaigen allzu starken Anforderungen an die souveraine Selbstständigkeit Baiers vorzubeugen. Zugleich erklärt die Baiersche

Regierung, daß sie mit der Preussischen Note in einem Erblichthum nicht eine Forderung, sondern ein Hinderniß der Deutschen Einheit sehen würde.

Frankfurt a. M., 20. Febr. 174te Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Tagesordnung: Abstimmung über §§. 1 und 2 des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs: „Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshaufe“, nach vorgängigem Schlussvortrage der Berichterstatter der Mehrheit und Minderheit des Verfassungs-Ausschusses.

Die Sitzung wird vom Präsidenten Herrn Ed. Simson um 9 Uhr Vormittags eröffnet. Unter den heute angemeldeten Stellen-Beiträgen sind hervorzuheben: Einhundert Thaler von den Schülern des St. Ursprungsstifts zu Weissen, 2915 Gulden Ertrag der Sammlungen im Amte Riehbühl bei Cuxhaven, 337 Thaler Gold, Sammlung im Bezirk Sphle, und 205 Thaler Ertrag weiblicher Arbeiten der Frauen und Jungfrauen der Stadt Ribnitz.

Die Berichterstatter der Ausschüsse Minderheit und Mehrheit Mittermayer und Scheller sagen im Wesentlichen nichts Neues. Ersterer verwirft den Censur als eine durchweg verkehrte Anstalt des überwundenen Feudalstaats und warnt schließlich unter stürmischem Beifall der Linken und der Gallerien vor der allgemeinen Gefahr, welche die Ausschließung bringen müßte. Man solle keinen Pöbel schaffen, so werde man keinen Pöbel haben. — Dem gerade entgegen wiederholt Scheller, der das Geheimniß des Entwurfs dahin enthüllen will, daß der Entwurf die Oberherrlichkeit der Vernunft habe erhalten wollen, — durch ein unbeschränktes Wahlrecht werde das Vaterland der Gefahr ausgesetzt, daß es in sich zerfalle, und nur durch beschränkte Wahlen könne ein Deutsches Reich auf die Dauer begründet werden.

Die Fragestellung hat sich über einen Umkreis von mehr als einem halben Hundert verschiedenartigen Verbesserungs-Anträge zu verbreiten, die zu den §§. 1 und 2 gestellt worden sind, und die Schwierigkeit wird noch vermehrt durch die entgegengesetzten Systeme, von denen die Vorschläge, einander durchkreuzend, ausgehen. Außerdem wird von Herrn Wigard für ganze Reihenfolgen von Fragen die namentliche Abstimmung beantragt. Das Ergebnis der hierauf gefaßten Beschlüsse ist zunächst die Annahme des Titels und der Eingangsworte: „Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshaufe.“

„Für die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshaufe sollen folgende Bestimmungen gelten.“

Nach dem Vorschlage der Mehrheit des Verfassungs-Ausschusses würde Artikel 1 fortsetzen:

„§. 1. Wähler ist jeder (selbstständige) unbescholtene Deutsche, welcher das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat.“

Sowohl über den Ausdruck: „unbescholten“ als über die Eigenschaft der „Selbstständigkeit“ wird durch Namensruf abgestimmt. Das „Unbescholten“ wird demgemäß beibehalten mit 237 gegen 224 Stimmen. Verworfen dagegen das „Selbstständig“ mit 422 gegen nur 21 Stimmen. (Gelächter und Beifall bei der Verkündung dieses Erfolgs.)

Die Gestalt, in welcher §. 2. aus der Abstimmung hervorgeht, ist folgende:

„§. 2. Von der Berechtigung zum Wählen, sind ausgeschlossen:

- 1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen, oder über deren Vermögen Konkurs- oder Fallituzustand gerichtlich eröffnet worden ist, und zwar letzterer während der Dauer dieses Konkurs- oder Fallitverfahrens;
- 2) Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorangegangenen Jahre bezogen haben.“

Nachdem hierauf Besele's Antrag mit 332 gegen 117 Stimmen verworfen ist, so findet die namentliche Abstimmung so eben statt über den Antrag Biedermanns und Genossen. (Schl. folgt.)

Man will wissen, die französische Regierung habe die landgräfliche Regierung aufgefordert, die Spielpächter Blane in Homburg (soll wohl heißen: die Spielpachtassociation) zu entschädigen, da der mit ihnen auf 30 Jahre abgeschlossene Pachtvertrag schon nach dem sechsten Jahre aufgehoben werde. Es ist nicht wohl zu glauben, daß die französische Regierung, sei es auch zum Vortheil eines französischen Bürgers, einer deutschen Regierung eine Entschädigung zumuthete, bevor der betreffende französische Bürger den Weg des Rechts gegen die vermeintliche Verletzung eines Vertrags eingeschlagen. Wenn aber das deutsche Gericht sagt, daß der Kläger keine Entschädigung beanspruchen könne, wird sich die französische Regierung nicht anmaßen, sie zu decretiren.

Konstanz, den 15. Febr. Ueber die weiteren Folgen der aus der Schweiz berichteten Schlägerei zwischen Schweizer und Württemberger Soldaten, berichtet der Schw. M.: Einer der Soldaten blieb, wie es scheint in der Trunkenheit, zurück, der, wir wissen nicht aus welchen Gründen, seither von den Schweizern festgehalten wurde. Folgenden Tag hieß es, daß, nachdem eine Unterhandlung wegen Rückgabe desselben zu keinem gewünschten Resultat führte, die Soldaten den Entschluß gefaßt hätten, ihn eigenmächtig zu befreien. Ein solcher Versuch der Gebietsverletzung fand nicht statt; doch scheint es, daß man in der Schweiz einen gewaltthätigen Einsall befürchtete, denn gestern Abend hörte man in den nahen Dörfern Generalmarsch schlagen, und kaum 100 Schritte von unserem Kreuzlinger Thor soll die Nacht über ein Waackposten von 200 Schweizer Schwarzen gehalten haben. Auch diesseits sind die Posten verstärkt, doch steht zu hoffen, daß sich die Sache bald friedlich ausgleichen wird.

Wien, den 18. Febr. Die Silbernoth wächst; im Caffeehaus, wie auch im Kaufladen erhält man statt einiger Kreuzer den vierten, resp. achten Theil einer Banknote; das einzige Mittel den Verkehr zu erhalten. Trotzdem auch die Erfahrung gelehrt hat, welche unzulängliches Mittel das Silberausfuhrverbot ist, beharrt die Regierung doch dabei. Zur Erleichterung des Verkehrs mit dem Auslande, das unsere Papiere nur gegen bedeutenden Verlust annimmt, ist die Bestimmung erlassen worden, daß Oesterreichische Kaufleute gegen Vorzeigung der ausländischen Rechnungen einen Paß für das auszuführende Silbergeld erhalten. Zwanzig-

ger haben jetzt hier im Verhältniß zu Papier ein Agio von 9 Procent. — Kossuth-Banknoten sind hier zwar selten, werden aber von vielen Bankiers mit kleinem Verlust an Zahlungsstatt angenommen. Die Bestimmung, daß dieses Ungarische Papier in den kleineren Points 1, 2—4 Gulden bei den K. K. Kassen angenommen werden soll, ist auf 5 und 10 Gulden-Banknoten ausgedehnt worden.

Wien, den 20. Febr. Das K. K. Militär- und Civil-Regiment hat heute folgende Kundmachung erlassen: Am 18. d. M. Abends 7 Uhr hat sich der beklagenswerthe Fall ereignet, daß vier Civilisten sich erdreisteten, eine Schildwache in Schönbrunn unter dem Schwibbogen, auf der Straße nach Hising, in dem Momente anzufallen, wo die Schildwache an diese vier bei ihr rauchend vorüber gehenden Personen die Warnung ergehen ließ: „nicht zu rauchen“, weil bei dem anhaltend starken Winde durch die wegsprühenden Funken leicht Feuer entstehen konnte. Es ist der Schildwache gelungen, sich diesen sie Anfallenden zu entwinden und Einen derselben festzunehmen, während die drei übrigen die Flucht ergriffen. Da nun auf Schildwachen, einzelne Militärs und selbst auf Offiziere schon oftmals Attentate verschiedener Art vorgekommen sind, und da sich auch schon Drohungen vernehmen ließen: die Befestigungswerke anzugreifen, das Arealgut und das Befestigungs-Material beschädigen und zerstören zu wollen, so bin ich neuerdings in die traurige, aber gebieterische Nothwendigkeit versetzt, das standrechtliche Verfahren auch in nachstehenden Fällen eintreten zu lassen:

Erstens. Gegen Jene, welche, sie mögen bewaffnet oder unbewaffnet sein, sich eine wörtliche oder thätige Beleidigung einer Schildwache oder einer Truppen-Abtheilung erlauben. Zweitens. Gegen Jene, welche es wagen sollten, einer Schildwache oder einer Truppen-Abtheilung, von der sie angerufen oder angehalten werden sollten, — thätigen Widerstand, auch unbewaffnet, zu leisten, oder zu selbem aufzufordern, oder aber einer solchen Aufforderung Folge leisten. Drittens. Gegen Jene, welche ein Attentat, welches immer einer Art, versuchen, oder zur Ausführung bringen sollten, das die Zerstörung oder Beschädigung von Festungswerken, und von zu selbem gehörigem oder dafür bestimmten Materiale, verabsichtigt. Der gleichen Behandlung werden auch Jene unterliegen, die der Aufforderung zu einem solchen Attentate weisheitlich nachkommen. Die kriegsrechtliche Behandlung wird aber gegen alle Jene verhängt werden, die sich begeben lassen sollten, einzelne, nicht im Dienste begriffene Militärs auf der Gasse oder an andern öffentlichen Orten vorsätzlich zu verhöhnen, oder auf irgend eine Weise wörtlich oder thätig zu insultiren. Die Verfügung hat ihren Wirkungsbereich auf den ganzen Belagerungs-Rajon zu äußern. (gez.) Welden, Feldmarschall-Vicutenant, Civil- und Militär-Gouverneur.

So eben verbreitet sich die Nachricht, daß General Ödrey die Stadt Kaschau besetzt hat. Seine erste Maßregel war, den ganzen Magistrat, alle K. Dreißigst- und Salzamtsbeamten abzusetzen, und der Bürgerschaft wurde eine ungeheure Brandschatzung auferlegt. Diese Nachricht scheint durchaus nicht leeres Gerücht zu sein, weil heute in aller Frühe von hier aus eine vollkommen ausgerüstete Brigade, bestehend in 1 Bataillon Jäger, 2 Divisionen Reif Chevauxlegers, 4 Bataillons Infanterie und 2 Cavalleriebatterien sammt allen nöthigen Munition, Pulver- und Feldrequisitenwagen abging und ihre Marsch-Direktion über Waizen genommen hatte.

Die Stadt Szegedin hat eine Kriegsteuer von $\frac{1}{2}$ W. fl. wegen ihrer eifrigen Theilnahme an Kossuths Sache zu leisten. — Es heißt, Herr von Schmerling werde nicht als Deputirter in die erste Reichsversammlung eintreten, da seine Anwesenheit in Frankfurt zur Förderung der österreichischen Interessen als unentbehrlich erachtet werde. — Der Baurath zu Agram erläßt ein amtliches Verbot an alle wie immer Namen habenden Behörden, die von magyarischer Unverschämtheit einlangenden Verordnungen nicht in Vollzug zu setzen, sondern vielmehr derlei ungesetzliche Zuschriften an den Banatrat zu senden, der dieselben als einen Beweis der Verletzung seiner Autorität zu gebrauchen wissen wird. Zugleich wird in diesem Erlasse erklärt, daß in den 3 vereinigten Königreichen sich nicht nur kein magyarisches Amt befinde, noch dessen Einfluß in amtliche Angelegenheiten je zu dulden sei.

Die neue, vom Kaiser bereits sanctionirte, sehr geschmackvolle Ausrüstung der Armee, durch welche unter andern die sehr zweckmäßiger Waffentücke eingeführt werden, wird mit dem 1. August in das Leben treten.

Eine Deputation achtbarer Bürger, mit dem Vice-Bürgermeister Bergmüller an der Spitze, überreichte gestern dem Gouverneur Welden eine Ergebenheits-Adresse. In seiner Antwort ist folgende Stelle bemerkenswerth: „Die radikalen Blätter haben zwar den geringen Werth aller Ergebenheits- und Beifalls-Adressen deducirt, weil man ja gar wohl wisse, wie dergleichen nur auf Geheiß, d. h. einiger Wohlthäter, zu Stande gebracht würden. Uebrigens mache er hier eine Ausnahme.“

Das 23. Armees-Bulletin, welches erschienen ist, enthält Folgendes: Gleichzeitig mit den bereits bekannten Vortheilen, die Oberst Urban gegen die Insurgenten in Siebenbürgen erlangt, hat F. M. L. Glaser, nach einem hartnäckigen, blutigen Kampfe, den Feind aus Alt-Brad geworfen, sämmtliche, am rechten Marosufer gegen die Festung gerichteten, Batterien zerstört und hierbei 23 Kanonen erbeutet. Hierauf wurde Alt-Brad, von der Festung aus, mit Granaten an vielen Stellen angezündet und das Feuer die ganze Nacht erhalten. — F. M. L. Schick hat sich mit der Brigade des G. M. Göb vereinigt und sich bei Torna aufgestellt, um die Rebellen zugleich in der Platte anzugreifen zu können; letzterer hatte ein Gefecht bei Margithfalva mit einem feindlichen Streifcorps zu bestehen.

F. M. L. Schulzig hat sich bei Miskolcz mit einem bedeutenden Truppencorps aufgestellt.

Kremfier, den 17. Febr. Zur Ergänzung der Nachricht über die geheime Sitzung dient, daß diese von 10 Uhr früh bis 9 Uhr Abends dauerte und daß sich herausstellte: der Abgeordnete Katin habe im Laufe der Verhandlungen gegen eine sehr hohe Person ausgeföhrt. Die Voruntersuchung wird in Kremfier eingeleitet und darf die Subpensionierung des Deputirten nicht nach sich ziehen. — Schufelka, ten. Die Czchen sollen über das Resultat ungehalten sein. Die Linke hat dadurch einen Triumph erfochten und die bedrohte Sicherheit mehrerer einflussreicher Mitglieder gewahrt.

Preßburg, den 16. Febr. Die Bewohner der Insel Schütt leben in der größten Aufregung und Spannung, sie fürchten nämlich die Ausfälle aus der Comorner Festung, denn solche gehören noch immer zur Tagesordnung. Plötzlich erscheint um Mitternacht eine Masse Raubgesindel mit Bögen, Karren u. dgl. und nehmen und tragen Alles Nützliche und Brauchbare fort, und wehe denjenigen, die sich zur Wehre setzen und ihr schwererwordenes Gut nicht so leicht wegnehmen lassen wollen. Wurden doch sehr viele von den Insurgenten gezwungen, Lieferungen an Proviant, Monturen u. dgl. zu tun, oder Transporte zu übernehmen, die jetzt nur eine Duntzung aufzuweisen haben; aus Einem Orte führten die Raubgeübten bei 200 Klafter Brennholz, etwa 150 Ctr. Salz und 60 Stück ihren langen fürchterlichen Peitschen. Die armen Bauern ringen die Hände, ihr Tag- und Nachgebet ist: daß die Festung nur recht bald auch von der Schütt-Seite (denn von den übrigen allen ist sie schon) von der K. K. Armee eingeschlossen und umringt werde, da dann dieser zu einem Ausfall günstige und offenstehende Weg vertramelt wäre.

In Tyrnau soll es auch gestern zu Austritten gekommen sein, die aber durch die Umsicht der dortigen Militärbehörde nicht ernstlich wurden. Dort wie hier zeigen sich die neugewählten Vertreter der Stadt sehr thätig und verständig. Der F. M. L. v. Kempen ist hier im buchstäblichen Sinne Tag und Nacht rastlos thätig. (Sl.)

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 19. Febr. Bei Eröffnung der National-Versammlung beantragte Peltier, unterstützt von mehreren andern Lyoner Repräsentanten, die Wiederbewaffnung der Nationalgarde Lyons. Letzten Juli war sie durch den Präfekten aufgelöst worden. Léon Faucher, der Minister des Innern, entgegnete, die dortige Nationalgarde, wie sie nach dem Februar reorganisiert wurde in ziemlich unregelmäßiger Weise, habe heute in ihren Reihen gehabt, deren Händen man nicht ohne Gefahr die Waffen anvertrauen könne. Die Reorganisation, die der Präfekt allerdings sofort versprochen habe, sei den Ministern nicht angemessen erschienen. In Lyon gäbe es nicht allein Stoff zum Bürgerkriege, sondern selbst zu einem sozialen Kampfe; es sichten sich dort gleichsam zwei Observationskorps gegenüber, welche man zu veröhnen trachten müßte. Die beiden Lyoner Deputirten Ferouilh und Rivet theilten die Ansicht des Ministers, wogegen der Vertreter der Lyoner Nothen, Laorange, „im Namen der Ehre, im Namen des Vaterlandes, im Namen der dem mächtigen Institut der Nationalgarde schuldigen Achtung“ verlangt, daß die Stadt Lyon nicht eines so kostbaren Rechtes beraubt werde. Der Zwischenfall hatte keine weiteren Folgen.

Bei der Wiederaufnahme der Berathung über das Wahlgesetz werden Art. 27—35, welche das Verfahren der Wahl-Kollegien bestimmen, angenommen. Sofort interpellirt der General Cavaignac den Minister des Innern wegen eines in der Union persönlich gegen ihn gerichteten Artikels, dessen in einer unserer Pariser Korrespondenzen Erwähnung geschah. Der Interpellant meinte, er werde von der Union der Theilnahme an niedrigen Intriguen unter der Armee beschuldigt: eine Klage wegen Verleumdung habe er darum nicht eingereicht, weil er seinen Ankläger nicht hätte zwingen können, den Beweis für seine Behauptungen zu liefern. Nun frage er den Minister und den General Changarnier, ob sie Kenntniß von den in der Union angeführten Thatsachen hätten. Léon Faucher und Changarnier entgegneten, sie kennen den Artikel nicht und es nehme sie nur Wunder, wenn Cavaignac ihnen auch nur einen Augenblick eine noch so entfernte Theilnahme an derlei Angriffen habe zutrauen können. Damit ist die Sache erledigt und das Wahlgesetz schreitet bis zu Art. 50. vor.

Da Ledru-Rollin die Regierung wegen der italienischen Angelegenheiten interpelliren zu dürfen verlangt hat, wird nach einigen kurzen, aber euergetischen Bemerkungen Lacrosse's die Interpellation auf morgen angesetzt.

Spanien.

Madrid, den 13. Febr. Der Spanische Konsul in Perpignan sagt in einem Schreiben vom 3. Febr., daß er durch eine Depesche des Obersten Solano in Kenntniß gesetzt worden sei, daß der Hauptling Cabrera, welcher bei dem Gefecht von Pastoral schon verwundet worden, von seinem Arzte begleitet, am 31. Januar um 4 Uhr Nachmittags in Frankreich angekommen sei, und sich nach La Farga (Gemeinde von La Breña) gewandt habe. Der Oberst Solano hatte Cabrera bis an die französische Grenze verfolgt. Der Konsul meldet, daß er die zweckmäßigsten Maßregeln ergriffen habe, um Cabrera's Schlupfwinkel zu entdecken und sich seiner Person zu verschern.

Italien.

Florenz, den 12. Februar. Eine Verfügung der provisorischen Regierung vom 10. Februar löst die beiden bisherigen Rammern

(Senat und Deputirten) auf und verkündet den Grundsatz der Volkssouveränität mit einer Kammer. Toscana wird künftig nur eine Kammer von 120 Mitgliedern zählen, welche aus allgemeinem Stimmrecht vom Volke direkt gewählt werden. — Aus Livorno ist eine Legion Freiwilliger (meist Bürgersöhne) in Florenz unter großem Jubel der Bevölkerung eingerückt. Sie leistet abwechselnd den Dienst der Ehrenwache der provisorischen Regierung und dient zum Schutze der entscheidenden italienischen Republik. — Die römische Nationalversammlung hat eine Zuschrift an das toscanische Volk erlassen, um es aufzufordern, mit ihr gemeinschaftlich zu handeln. — Die Besatzung in der Citadelle von Florenz machte Wien, die Republik nicht anzuerkennen. Sie ist daher entworfen und zum Theil entlassen worden. Die Mehrzahl soll hinterher wieder um Dienste gebittelt haben. — Der Großherzog hatte dem Präter von St. Stefano verbieten, die Bekanntmachungen der provisorischen Regierung zu veröffentlichen. Die von Livorno nach Elba gesandten Truppen wurden von den Elbfern freundlich empfangen, dann aber genöthigt, wieder umzukehren; sie hätten die provisorische Regierung anerkannt und hielten sich zur Verteidigung der Insel stark genug, brauchten also keine Verstärkung, sagten ihnen die Elbfer höflichst. — In Toscana ist es ruhig; von den Provinzen erfährt man aus der Alba, daß diese sich der provisorischen Regierung fügen oder anschließen; Unruhen in Gmpoli, bei denen der Ruf erscholl: es lebe der Communismus, es lebe das Rauben, (!) wurden rasch unterdrückt; in Florenz selbst ward am 12. Februar ein Versuch gemacht, die italienische Republik zu proklamiren, Guerrazzi redete dem Volkshaufen ab, man möge die Dinge nicht überstürzen, und mit dem Proklamiren einer definitiven Regierungsform so lange warten, bis sich die geschmäht nach allgemeinem direkten Stimmrecht gewählten Deputirten in der Hauptstadt versammelt und reichlich die Frage beraten hätten. Man antwortete ihm mit lauten Rufen: es lebe die Republik, und ging später auseinander. Das Heer scheint sich der provisorischen Regierung gleichfalls anzuschließen; ein Versuch, den einige Soldaten in Florenz (11. Februar) machten, gegen die Regierung aufzutreten, mißglückte. — Dem italienischen Parlament wird der Entscheid über die Regierungsform Toscanas, als eines Theiles Italiens, vorbehalten. Eine Militär-Commission ist zur Verteidigung des Vaterlandes von der Regierung niedergesetzt worden. Alle Beschlüsse werden Namens der provisorischen Regierung erlassen. Die Truppen sind ihres Eides gegen den Fürsten eingebunden.

Rom, den 10. Februar. Vom Papst wird behauptet, daß er im Herzen mit Allem einverstanden und auf den Verlust seiner weltlichen Macht gefaßt sei. Dagegen bieten die Cardinäle Alles auf, die Rechte der Kirche zu wahren. Machi und Antonelli schlafen mit Pius IX. unter einem Dache, und leiten ihn eigentlich. Die von ihnen gebildete Camarilla ist übrigens der Hohn der Diplomaten, welche ihre gänzliche Unfähigkeit am besten durchschauen. Sardinien hat sich dem Papst genähert, während der toscanische Fürst geflohen ist. — Sonst ist in den römischen Staaten Alles ruhig. Die National-Versammlung hat einen, aus Armellini, Salicetti und Montecchi bestehenden, Vollziehungsausschuß ernannt. Die römische Regierung soll keinen Präsidenten, sondern drei Consuln als Oberhäupter erhalten.

Genua, den 7. Febr. Eine nachtheilige Stimmung unter dem höheren Bürgerstande hat eine neuerliche Maßregel des Turiner Cabinets hier erzeugt, wonach der Gold-, Silber- und Juwelenwerth, welcher sich in den zahlreichen Kirchen Genua's befindet, genau abgeschätzt worden ist. Viele wollen darin die Absicht erkennen, das Kirchenguthum zum Staatsgute zu machen; während andere bereits einen zweiten Heinrich VIII. in Karl Albert erblicken. Man muß gestehen, daß die grellen Uebergänge dieses Monarchen von einem Extreme zum andern die allerwahrscheinlichsten Hypothesen nicht unglaublich erscheinen lassen. Das Vuhlen um Volksgunst, wofür Pius IX. so schwer heimgesucht worden, scheint Karl Albert nicht minder bittere Früchte tragen zu wollen, denn durch alle Opfer der letzten zehn Monate hat er weder an Achtung noch an Liebe beim Volke gewonnen, während er sich nun gänzlich in die Hände eines Ministeriums gegeben hat, dessen erster Akt darin bestand, die Hauptfestung des Landes von aller Garnison zu entblößen!

Genua, den 15. Februar. Die Piemontese Zeitung meldet unter dem 11. Februar aus Porto St. Stefano, daß der Großherzog von Toscana sich dort befindet und zwei englische Schiffe zu seiner Verfügung daselbst vor Anker liegen.

Von den vielen aufrührerischen Schriften, welche durch die Straßen geschrien wurden, bezog sich eine auf das von mehreren italienischen Journalen mitgetheilte Gerücht, daß Nadezky 15,000 Schweizer-Recruten angeworben und nach Verona geschickt habe. Die Schrift, welche vom Circolo Italiano allhier ausgegangen ist, schlägt nun vor, alle in Italien ansässigen Schweizer als Gefaseln festzusetzen, bis die Schweizer Tagsatzung alle Schweizer-Söldlinge aus Neapel, Rom und allen andern Theilen Italiens zurückgerufen haben werde. In wenigen Stunden hatte der hiesige Schweizer-Konsul eine Widerlegung jenes Gerüchtes in gemäßigten aber triftigen Ausdrücken drucken und durch die Stadt verbreiten lassen, die sich jedoch bald noch größeren Störungen ausgesetzt sah. Gegen 7 Uhr Abends wurde der hiesige außerordentliche Königl. Kommissarius und Handels-Minister Herr Buffa durch eine Eskadette Depesche ungesäumt nach Turin beschieden, wohin er auch in weniger als einer halben Stunde abreiste. Kaum war die Kasse zum Hause hinaus, so tanzten die Mäule auf Lischen und Bänken. Die vier Kompagnieen der hiesigen Bürgergarde-Artillerie durchzogen schon vor 8 Uhr schreiend und jubelnd alle Straßen der Stadt, die von dem wilden Geschrei von Viva la Costituente! Viva Manelli! Fuori lo Straniero! etc.

wiederholte. Eine zahllose Menge Volkes gesellte sich bald zu den Tumultuanten, die nach der Portoria hinausjogen, wo sie wieder stundenlang in Lebehochrufen und Verwünschungen aller Art ausbrachen.

Türkei.

Aus Konstantinopel wird berichtet, die russische Frage sei in eine neue Phase eingetreten. Seit sechs Monaten hat der englische Gesandte, Sir Stratford Canning, unausgesetzt erklärt, die Russen seien in die Donaufürstenthümer lediglich in der Absicht einmarschirt, um die Ordnung wiederherzustellen, das revolutionäre Fieber zu dämpfen und die Schuldigen zur Strafe zu ziehen. Dieses wohlgemeinte Manoeuvre dauerte Herrn Palmerston am Ende doch ein wenig zu lange. Das letzte Paketboot überbrachte an Stratford Canning sehr energische und ausführliche Instruktionen, worin England über das Verhalten Rußlands in den Fürstenthümern, die Verletzung der Wohnung des türkischen Befehlshabers, um einer Person habhaft zu werden, die unter dem Schutze dieses Beamten stand, und endlich ganz besonders über die Mißhandlungen Beschwerde führt, die einem englischen Untertanen von Seiten der russischen Behörden widerfahren. Das Cabinet von St. James drückt zugleich seine Verwunderung über den langen Aufenthalt der Russen in den Fürstenthümern aus und sagt der Pforte die Unterstützung Englands zu, um diesem Zustand ein Ende zu machen. In der That thut ein solches energisches Auftreten ernstlich Noth, da Rußland gerade jetzt darauf ausgeht, im Sinne des Vertrags von Ukjar Steles mit der Pforte ein Offensiv- und Defensiv-Bündniß abzuschließen, worin beide Mächte übereinkämen, die Verfassung in der Moldau und Walachei vorerst auf 7 Jahre außer Wirkung zu setzen und während dieser Zeit keinen neuen Hospodar einzusetzen. Zugleich erbot sich Rußland, bis dahin gemeinschaftlich mit der Türkei die Ordnung daselbst aufrecht zu erhalten.

Amerika.

Der „Washington Patriot“, eine der geachteten Zeitungen Nordamerikas, sagt: „Nachdem wir vor kurzem das Verschwinden eines gewissen Aldermann (Gemeinderaths und Bank-Direktors) zu Charlestown in Süd-Carolina, einem der Sklavenstaaten wegen Schulden gemeldet haben, dürfen wir nicht unterlassen, anzudeuten, daß die Creditmasse desselben sich seitdem wesentlich verbessert hat. Es ist nämlich erst in diesen letzten Tagen entdeckt worden, daß seine Frau, obwohl ihm in aller Form angetraut, nicht nur Mulattin, sondern Sklavin ist, folglich auch seine mit ihr erzeugten 6 Kinder Sklaven sind. Dem gemäß haben die Gläubiger darauf angetragen, — und die Gerichte mußten sich dem Antrage fügen — die Frau und Kinder der des Zahlungsunfähigen zum Besse der Creditmasse öffentlich zu versteigern; da die Frau gesund und hübsch, das jüngste Kind bereits 8 Jahre alt, und alle wohlgebaut und kräftig sind, so halten wir uns für diese Anzeige des Dankes sowohl der Kauflustigen als der gesammten Gläubigerschaft verpflichtet.“

Wochen-Bericht.

Noch immer ist in der deutschen National-Versammlung über die Verfassungsfrage die Entscheidung nicht erfolgt, zu der die österreichische Note einen fast unweiderstehlichen Anstoß gegeben zu haben schien. Statt die zweite Lesung der Paragraphen vom Reichsoberhaupt vorzunehmen, ist man — wohl nicht ohne Betreiben der Oesterreichischen Partei — zum Wahlgesez übergegangen. Inzwischen arbeitet diese Partei an einem eigenen Verfassungsentwurf, der hoffentlich eben so resultatlos bleiben wird, als er beschränkt österreichisch und undeutsch ist. Oesterreich soll danach zwar nicht centralisirt werden, aber doch in seinen Bestandtheilen viel enger verbunden werden, als dies durch eine Personalunion geschehen würde; Deutschland würde in sieben Reichskreise zerfallen (wovon Preußen nur einen bildet) und die Leitung des Bundes soll zwischen Oesterreich und Preußen wechseln. Jetzt gilt es, die Idee eines Bundesstaates zu retten; gelingt es nicht, die österreichischen Pläne völlig zu annulliren, so hat Deutschland von der vorjährigen Revolution keine Früchte gehabt. Oesterreich machinirt freilich auf jede Weise, um die Stimmenmehrheit der Frankfurter Vertreter auf seine Seite zu bringen; die Zahl der Oesterreicher wird durch ihre Regierung möglichst vervollständigt, und wenn auch 64 der jetzt dort Anwesenden das in der österreichischen Note verfochtene Vereinbarungsprinzip nicht anerkennen wollen, so ist doch nicht daran zu zweifeln, daß alle Oesterreicher, so sehr ihnen die einfachen Konsequenzen ihrer Stellung völlige Enthaltung von der Abstimmung geböten, bei dieser den Tendenzen ihrer reaktionären Regierung beipflichten werden. Die eigentliche Stütze der wirklich deutschen Partei ist Preußen und seine Haltung in diesem Augenblicke von der tiefgreifendsten Wichtigkeit. Nur ein entschiedenes Beharren der preussischen Regierung bei einer rückhaltlos deutschen Politik läßt den Sieg noch möglich erscheinen. Es scheint in der That, als ob die zweite preussische Note, die Camphausen jetzt überreicht hat, die Hoffnung eines glücklichen Fortgangs der Dinge in Frankfurt rechtfertigt. — Von andern in diesem entscheidenden Zeitpunkte laut gewordenen Stimmen des Volks und der Fürsten zu Gunsten der National-Versammlung und ihrer völligen Unabhängigkeit, sind die des Herzogs von Nassau, der Regierung von Detmold, der Stände von Würtemberg, von Köthen, jene Adressen aus Husum und Rinteln zu erwähnen.

Die National-Versammlung hat indeß noch mehrere Bestimmungen zur Regelung des Verhältnisses der Einzelstaaten getroffen. Eine Repräsentativ-Verfassung für diese, in welcher der Vertretung eine entscheidende Stimme nebst der Initiative in der Gesetzgebung und die Ordnung des Staatshaushalts zusteht, Verantwortlichkeit der Minister, Deffentlichkeit der Kammeritzungen in allen Einzelstaaten, ist unter die Grundrechte aufgenommen. Auch der ehemalige Moretsche Antrag hat unter ihnen eine Stelle gefunden, indem den auf deutschen Boden lebenden fremden Volksstämmen nationale Gleichberechtigung mit den Deutschen und eine freie volkshümliche Entwicklung innerhalb der Grenzen ihre Nationalität zugesichert ist. — Große Kämpfe beginnen sich nun über das Wahlgesez zu entzünden: der Entwurf des Ausschusses bringt direkte und öffentliche Wahlen in Vorschlag; durch welche schon an sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Wahlfreiheit eher gefährdet, als gewährleistet scheinen dürfte. Ganz sicher

aber ist das der Fall, wenn das allgemeine Wahlrecht durch Ausschließung der Fabrikarbeiter, Handwerkergehülfen und Diensthöten aufgegeben wird. Wir finden daher den allgemeinen Widerspruch, den dieser Entwurf in und außer der Nationalversammlung gefunden hat, sehr erklärlich und wünschen nichts dringender, als daß die Nationalversammlung sich nicht durch seine Annahme die ihr gerade jetzt so unentbehrliche Sympathie des Volkes schmälere. —

In den Deutschen Einzelstaaten ist jetzt fast überall die Entscheidung über die Zukunft des Gesamt Vaterlandes der Hebel alles politischen Lebens. In Hannover besahen die Kammern auf der Einführung der Grundrechte, auf Anerkennung der Souveränität der Nationalversammlung, und das Ministerium hat in Folge dessen seine Entlassung eingereicht. In München hat die reaktionäre Partei den König einen Fackelzug gebracht; ja sie soll von ihm die Auflösung der Kammer begehrt haben; jedenfalls ein Zeichen von der Bedeutung der wirklich Deutschen Partei in Baiern.

Ganz zweideutig bleibt die Haltung Sachsens. Während die Kammern einerseits die Grundrechte anerkennen, beharren sie andererseits auf dem Thronerbenantrag, und das Ministerium spricht sich in der Antwort auf die Preussische Note entschieden gegen ein erbliches Kaiserthum und gegen den Austritt Oesterreichs aus Deutschland aus. Hier würde man also am liebsten das Wiedererwachen des entschlafenen Bundes sehen. Ob diese Gesinnung sich dem Drange der Umstände und einer ihr entgegengelegten Majorität fügt — ob sie sich durch leicht mögliche Eventualitäten bis zum offenen Landesverrath hinreißen läßt, den das höchst wahrscheinlich zwischen Oesterreich, Baiern und Rußland geschlossene Bündniß vorbereitet — wird die Folge lehren.

Während in Oldenburg der Landtag so eben geschlossen ist, sind die Kammern von Meiningen zusammengesetzt; auch ihnen ist ein neues Staatsgrundgesetz vorgelegt.

In Preußen bereiten sich die verschiedenen Parteien auf die bevorstehenden parlamentarischen Kämpfe vor; noch immer sind unsere öffentlichen Verhältnisse von einer Reihe von Ausnahmemaßregeln abhängig. In Berlin folgt ein Zeitungsverbot auf das andere; fortwährend wird über die Schließung politischer Versammlungen berichtet. Der Volksvertretung wird es obliegen, an die Stelle dieser abnormen Zustände allseitiges Vertrauen zur gesetzlichen Ordnung zu setzen. Die Eröffnung der Kammern ist unmittelbar vor der Thür; eine Vertagung derselben durch die Krone wird keineswegs stattfinden, und daß die Versammlung sich selbst vertagen werde, ist unwahrscheinlich.

Oesterreichs innere Zustände bieten ein trauriges Bild. Während fortwährende Attentate auf Wachtposten, die Auffindung gefüllter Granaten und Raketen von der Stimmung des Volkes ein eigenthümliches Zeugniß geben, ist die Regierung mit den Volksvertretern von denen sie einige sogar gerichtlich verfolgen will, so gut, wie zerfallen und es scheint, als wolle sie den Reichstag auflösen. Andererseits macht sie großartige Land- und Seerüstungen, und in der That scheint Oesterreich noch so mancher Kampf bevorzustehen. — Denn abgesehen von den Verwicklungen, welche die Deutsche Frage veranlassen könnte, ist der Krieg mit Ungarn noch keineswegs als beendet zu betrachten. — Die Magyaren an der Theiß haben sich mit Bem in Verbindung gesetzt und der angetretene Fluß macht einen Angriff der kaiserlichen Truppen unmöglich. Bem hat Hermannstadt genommen und dort sein Hauptquartier aufgeschlagen; die Szekler haben Kronstadt erobert. Hier fragt es sich nun, ob die Russen einschreiten werden, oder nicht. Im Allgemeinen gewinnen die Ungarn wieder neuen Muth und ihre Stellung an der Theiß scheint den Oesterreichern noch ernstliche Schwierigkeiten bereiten zu wollen. Indes hat sich Esseg ergeben und das Banat ist von den Magyaren ganz und gar verlassen.

In Norditalien scheint es in den Plänen Oesterreichs zu liegen, sich Benedigs um jeden Preis zu bemächtigen, um seine Einnahme als ein fait accompli in den Brüsseler Verhandlungen geltend zu machen. Andererseits scheint die Sardische Regierung durch ihren Bruch mit der radikalitalienischen Partei zu einer Verständigung mit Oesterreich viel geneigter geworden zu sein. — Die Flucht des Großherzogs von Toscana, die definitive Aufhebung des Papstthums, die Proklamirung der Republik in Rom, vielleicht auch in Florenz, drohen die fremde Intervention zu beschleunigen; vielleicht aber führen sie auch endlich zu einer wirklichen Regelung der Verhältnisse Italiens und sind jedenfalls insofern als nothwendig anzuerkennen, als sie die reine Konsequenz aller unmittelbar vorhergegangenen Ereignisse, der Ausfluß einer bis zu den Extremen aufgeschalteten Volksstimmung sind.

Die französische Regierung scheint sich freilich in die Angelegenheiten des Papstes wenig mischen zu wollen; sie hat auch zunächst für sich selbst dringend zu sorgen. — Einer Anklage wird das Ministerium wohl entgehen, aber das Clubgesez scheint an dem Widerstand der Nationalversammlung scheitern zu sollen. — Nicht ohne Besorgniß sieht man in Paris der Gedekfeier des 28. Febr. und 7. März entgegen. Die großen Truppenansammlungen in der Gegend von Lyon und Bourges zeigen, wie misstrauisch die Regierung gegen die Stimmung des Landes ist; man befürchtet fortwährend eine Schilderhebung für die rothe Republik. — Die Auflösung der Nationalversammlung rückt indeß immer näher und die Wahlaqitationen beginnen aller Orten.

In Spanien sind in Navarra 35 Carlisten hingerichtet worden, ohne daß doch einige Aussicht auf dauernde Ruhe vorhanden wäre. Cabrera, vor kurzem erst verwundet, sammelt an der französischen Grenze wieder neue Anhänger um sich und bereitet einen neuen Einfall in Spanien vor. — Die Regierung, im eigenen Lande ohne Ansehen und wahre Macht, beschäftigt sich eifrig mit der Wiedereinführung des Papstes. Der von ihr vorgeschlagene Congress ist auch von der französischen Regierung gebilligt worden; nur daß diese auch die Theilnahme der nichtkatholischen Mächte will. Das Wahrscheinlichste ist, daß die Ereignisse längst eine Entscheidung über diesen Punkt herbeiführt haben werden, wenn der Congress sich zu versammeln beginnt.

Das Englische Parlament beschäftigt sich mit mehreren Gesetzen, deren Annahme unzweifelhaft ist und die daher ein weiteres Interesse nicht bieten. Die für Irland verlangte Geldsumme ist genehmigt, die Erlaubniß zu weiterer Suspension der Habeas-Corpus-Akte gegeben. — Auch die neue vorliegende Bill wegen Annullirung der Wahl verschuldeter insolventer Parlamentsmitglieder, so wie die vom Ministerium vorgeschlagene Anerkennung der Schiffsfahrtsgezeze scheinen ohne Schwierigkeit durchgehen zu wollen. Aus den vereinigten Staaten Amerika's wird über die noch nicht nachlassenden zahlreichen Auswanderungen nach Cali-

fornien berichtet. — Der Senat wird sich mit einer sogenannten Kanadischen Reciprocitätsbill beschäftigen, wonach eine Reihe von Handelsbeschränkungen zwischen den Freistaaten und Kanada gegen-

Vocales 2c.

Posen, den 24. Februar. Heutiger Wasserstand 10 Fuß 7 Zoll.

Musikalisches.

Was wir und alle Musikfreunde längst gewünscht hatten, ging vorgestern in Erfüllung. Freudig lasen wir das trefflich gewählte Programm für die erste Sinfonie: Soiree. Mendelssohn's liebliche, schwärmerische Ouvertüre zur schönen Melusine eröffnete das Concert. Leider wurde aber der Eindruck, der von dem offenbar gut aufgefaßten und trefflich eingeleiteten Musikwerke zu erwarten stand, durch die Schuld der ersten Flöte sehr geschwächt, die, wahrschein-

merken Gelegenheit gehabt, wie trefflich sonst das Blasequartett seine Aufgaben gelöst. — Die großartige Arie von Beethoven: „Ah perfido“ hatte die stets gern gehörte Diletantin aus Ge-

8 Pf. bis 1 Rthlr. 1 Egr. 1 Pf. Kartoffeln 8 Egr. 11 Pf. 10 Egr. 8 Pf. Heu der Centner 17 Egr. 6 Pf. bis 22 Egr. Stroh das Schock 4 Rthlr. bis 4 Rthlr. 10 Egr. Butter der Centner zu 8 Pfund 1 Rthlr. 15 Egr. bis 1 Rthlr. 20 Egr.

Markt-Bericht.

Berlin, den 22. Februar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 55—58 Rthlr. Roggen loco 26½—27½ Rthlr., p. Früh-

Marktberichte. Posen, den 23. Februar

(Der Schl. zu 16 Ms. Preuß.)

Weizen 1 Rthlr. 23 Egr. 4 Pf. bis 2 Rthlr. 2 Egr. 3 Pf. Roggen 26 Egr. 8 Pf. bis 28 Egr. 11 Pf. Gerste 22 Egr. 3 Pf. bis 28 Egr. 11 Pf. Hafer 13 Egr. 4 Pf. bis 15 Egr. 7 Pf. Ruchweizen 22 Egr. 3 Pf. bis 24 Egr. 5 Pf. Erbsen 26 Egr.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Bekanntmachung.

Bei dem Abräumen eines Wohnhauses zu Provent Bin sind unter dem Fundamente desselben in zwei irdenen Töpfen nachstehend verzeichnete Gegenstände im December 1848 gefunden worden:

- 1) 14 Stück Holländische Dukaten, 2) 131 Rthlr. 25 Egr. Preussisch Courant, 3) 1 Fünftausendstück aus der Kaiserzeit, 4) 1 Russischer Rubel, 5) 5 Rthlr. 29 Egr. in Polnischen Guldenstücken, 6) 4 Rthlr. 10 Egr. Sächsisches Courant, 7) 15 Stück Oesterreichische Zwanziger, 8) eine goldene Kette im Werthe von 6 Dukaten.

Der jetzige Besitzer des Grundstücks ist der Graf Titus Dziahynski, vor demselben hat Sasinski und vor demselben ein gewisser Pudelewicz das Grundstück besessen.

Alle diejenigen, welche auf diesen Schatz Ansprüche geltend machen zu können vermeinen, werden hierzu auf

den 12ten Juni c. Vormittags um 10 Uhr im Gerichtslokale hier selbst anberaumten Termine unter der Warnung vorgeladen, daß beim Nichtvorhandenseyn anderweitiger Präcedenten der Schatz den Findern und resp. dem jetzigen Eigenthümer des Grundstücks zugeschlagen werden wird.

Schrimm, den 12. Februar 1849.

Königl. Land- und Stadtgericht.

Im Auftrage des hiesigen königlichen Land- und Stadtgerichts werde ich das der Konkursmasse der Handlung „Wittwe Schirach & Comp.“ gehörige, sehr bedeutende, aus den besten Sorten bestehende Weinlager, und zwar in größeren Quantitäten von einem Anker ab

am 19ten, 20sten, 21sten März, 23sten, 24sten, 25sten April, 21sten, 22sten, 23sten Mai c. und in kleineren Quantitäten von einzelnen Flaschen ab

am 22sten, 23sten, 24sten März, 26sten, 27sten, 28sten April, 24sten, 25sten, 26sten Mai c. täglich von Vormittags 9 Uhr ab öffentlich an den Meistbietenden gegen gleich baare Zahlung verkaufen. Der Verkauf erfolgt zuerst in dem der Masse gehörigen Speicher, Schloßstraße No. 171., und dann in dem Keller des Kaufmann Proveschen Hauses, Friedrichstraße No. 14.

Bromberg, den 15. Januar 1849.

Hartung, Justiz-Aktuar.

Zum Besten der verwittw. Musik- und Zeichenlehrerin A. R. Lüdcke hieselbst findet Dienstag den 27. huj. Abends 7 Uhr ein Vocal- und Instrumental-Concert im Theater statt, und bitten wir ganz ergebenst um recht rege Theilnahme.

Billetts: I. Rang 10 Egr., Sperrsitze 10 Egr., Parterre 6 Egr., II. Rang 4 Egr., sind in den Buchhandlungen der Herren Mittler, Scherk, Heine, so wie in der Conditorei des Herrn Freundt zu haben.

Das Concert-Comité. Vogt, Scholz, G. Fliege.

Versammlung des Vereins für König und Vaterland Montag den 26sten Februar Abends 6½ Uhr im Deum. — Tagesordnung: 1) Ergänzung des Vorstandes, 2) über die fernere Wirksamkeit des Vereins.

Ein junger Mann von anständiger Familie, der die nöthigen Schulkenntnisse besitzt, kann zum 1. April c. in unser Geschäft als Lehrling eintreten. C. Müller & Comp., Sapichaplag 3.

Janus,

Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft in Hamburg. Grund-Capital: Eine Million Mark Banco.

Die Gesellschaft versichert unter den liberalsten Bedingungen sowohl Lebens- als auch Todesversicherungen.

Sie gestattet vierteljährliche und monatliche Prämienzahlungen.

Um ein Capital von Tausend Thalern zu versichern, sind monatlich nur zu entrichten, wenn der Versicherte beim Eintritt alt ist:

25 30 35 1 Thlr. 20½ Egr., 1 Thlr. 27½ Egr., 2 Thlr. 6 Egr., 40 50 Jahre 2 Thlr. 16½ Egr., 3 Thlr. 12½ Egr.

Je früher Jemand beiträgt, je billiger ist die Versicherung, da die Prämie des ersten Jahres für die ganze Dauer der Versicherung gleich bleibt.

Bei Lebens- und Pensions-Versicherungen gewährt die Gesellschaft ausgedehntere Vortheile, als sonst üblich.

Prospecte und Antragsformulare unentgeltlich bei H. A. Schmidt

Bergstr. Nr. 4. u. St. Martin Nr. 83. im Hause des Hrn. Tischlermstr. Meisch.

Reisegelegenheit über Hamburg nach Amerika und Australien.

Wir bringen hierdurch zur Kunde, daß wir im Laufe dieses Jahres die großen gekupperten Zwillings-Paket-Schiffe des Herrn R. W. Eloman wieder regelmäßig am 1sten und 15ten eines jeden Monats nach New-York, und andere ebenfalls ihrer Klasse stehende Schiffe

am 1sten März, 1sten April, 1sten Oktober, 1sten November nach Australien, am 1sten und 15ten April, 1sten und 15ten September, 1sten und 15ten Oktober nach New-Orleans,

am 15ten April, 1sten und 15ten Mai, 1sten und 15ten Juni und 1sten Juli nach Quebeck,

am 15ten März und 15ten April nach San Francisco in Californien,

mit Passagieren und Gütern expediren werden. Die Passagepreise werden billigt gestellt, und beliebe man sich deshalb an uns direkt oder an unsern Agenten, Herrn George Treppmacher in Posen, portofrei zu wenden.

Hamburg, im Januar 1849.

Knorr & Janssen.

Ein Rittergut von circa 5000 Morg. Magdeb. in Pommern, 8 Meilen von Danzig nahe der Chaussee gelegen und im Jahre 1847 gerichtlich auf 124,000 Thaler abgeschätzt, ist gegen ein kleineres oder auch gleicher Größe im Großherzogthum Posen zu vertauschen. Reflectanten wollen sich gefälligst persönlich oder in portofr. Briefen beim Güter-Agenten C. F. Krause in Danzig, Breitegasse No. 1159. melden.

NB. Derselbe sucht auch ein größeres Gasthaus in Posen zur Pacht.

Für die Mitglieder des Brudervereins Sonntag den 25ten Febr. Abends 5 Uhr findet im Beisehale des Vereins die vom Ministerium angeordnete gottesdienstliche Feier „vor Eröffnung der Kammern“ statt.

Im Valentinischen Grundstück St. Martin Nr. 33/61. ist vom 1. April ab das Hintergebäude, nebst Schmelde und Zubehör und von jetzt ab der dahinter belegene Garten zu verpachten. Anschlag.

In meinem Hause (früher Bergerschen genannt), Wasserstr. No. 25., sind Wohnungen und ein Laden vom 1sten April c. oder auch sofort zu vermieten. St. Fibich.

Freslauerstraße No. 9. sind zwei Zimmer auf der ersten Etage und eine aparte Stube vom 1sten April zu vermieten.

Zur Beachtung.

Die erste Sendung Reis- und Vordüren-Hüte geht den 28sten d. M. zum Waschen und Modernisieren nach Berlin ab. Bestellungen nimmt un-

terzeichnete Pughandlung täglich an. Auch werden Demoiselles, die Puz erlernen wollen, daselbst angenommen.

Posen, im Februar 1849. W. Elkan, früher Glück, Schloßstraße No. 5. im Korzeniewski'schen Hause Parterre.

Ausverkauf Markt Nr. 62. von Stickerien, Handschuhen, Crav-Äschern, seidnen Häutern, Tülls, Epigen, so wie aller anderen Damenpuz-Artikel, um schnell zu räumen, bedeutend unter dem Kostenpreise.

Untenbemerkte 3¼ schlesische Pfandbriefe sind heut Nacht mittelst gewaltsamen Einbruchs gestohlen worden und wird gleichzeitg vor deren Ankauf gewarnt.

Table with 4 columns: Name des Gutes, No., Kapital-Petrag, and a list of names and amounts.

Breslau, den 22. Februar 1849.

Die Ziegelei Jerzyce Nr. 9 in der Nähe der Stadt, nebst Zubehör, acht Morgen Land, incl. Wiese, Wohnhaus, ist zu verkaufen oder zu verpachten. Das Nähere St. Martin No. 57/29.

Ein Jeder wird hiermit gewarnt, meinem Sohn Leopold irgend etwas zu borgen oder vorzuliehen, da ich für diesen keine Zahlung leisten werde. Kosen, den 20. Februar 1849.

Auf dem Balle in der Bürgergesellschaft am 20. d. M. ist eine Venetianische goldene Damenkette verloren gegangen; man bittet dieselbe an die Direktion der Gesellschaft abzuliefern.

Vom 25. d. M. ab verkaufe ich außer Jungbier auch Lagerbier in Tonnen und nach Quart, später werde ich dasselbe nach kleinen Gebinden ablassen. Vom 1. April c. ab beabsichtige ich meine Schanklokale zu eröffnen, dies zeige ich einem hochgeehrten Publikum ergebenst an.

Meinen geehrten Gästen sage ich meinen Dank, Da Sie meinen Sabn-Flaki stets für gut erkannt, Es ist auch mein Bestreben Die genannten Flaki immer gut zu geben. Ich bitte mich ferner zu beehren, Und das Verlangte soll Ihnen gewähren, Darum zeigt das Schild und ich nochmals an Damit Jeder meine Restauration finden kann.

Zimmer mit 'n Hut, Zur Einigkeit genannt ist gut. C. Birtel, Jesuitenstr. No. 8.

Barteldt's Caffeehaus, Tauben- und Jesuitenstraßen-Ecke. Sonntag musikalische Abendunterhaltung durch Harfenistinnen. — Zum Abendessen verschiedene Prater- Bedienung in elegantem Costüm. Freundlichste Einladung.

Eisenbahn-Hof. Heute Sonntag den 25. Februar c. Großes Salon-Konzert. Anfang ¼ 4 Uhr Bornhagen.

Herrn Kaufmann Louis Kantorowicz Wohlgebornen in Posen, sage ich meinen verbindlichsten Dank für die in der Posener Deutschen Zeitung Nr. 42. vom 20. Februar gegebene Refommendation, indem es mir bereits gelungen, auf dieselbe schon mehrere Geschäfte zu machen.

Mein Herr Kantorowicz, wenn ich mit meinem Studium im Kaufmännischen fertig bin, so bin ich recht gerne bereit, mich wieder mit Ihnen in Geschäftsverhältnisse einzulassen. Ich empfehle auch jedem Landmann den Herrn Louis Kantorowicz persönlich. — Göra bei Schrimm, den 22. Februar 1849.

Jachner, Wirthschafts-Inspektor.

Herr Stadt-Verordn. Prof. Müller & Comp. Ihr seid reich und deshalb wählbar! Habt Ihr bei dem Vorschlage des Fortbestehens der Wahl- und Schlachtsteuer auch der Armuth gedacht? Der Reiche ward wahrlich von Euch vertreten. O, Väter! vergeßt nicht, wozu ihr berufen seid. Mehrere arme nicht wählbare Bürger.

Der nöthigen Controlle wegen wird das geehrte Publikum dringend ersucht, die Fahrmarken den Droschkentuschern abzufordern und zu vernichten. Die Droschken-Anstalt.